



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/02/2014
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 01.04.2014
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Verabschiedung des Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Schmidt
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Mitteilungen
4. Krankenhausplanung 2015
Vorlage: 0202/2014
5. Bericht aus dem Seniorenbeirat
6. Bericht aus dem Behindertenbeirat
7. Bericht aus dem Integrationsrat
8. Bericht des Jobcenters Hagen für das Jahr 2013
9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Verabschiedung des Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Schmidt

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Anwesenden.
Sie bedankt sich bei Herrn Dr. Schmidt für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm für den bevorstehenden Ruhestand alles Gute.

2. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender stellt fest, dass es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

3. Mitteilungen

Herr Goldbach weist auf eine ausgelegte Broschüre zu den Integrationswahlen hin. Dort werde das genaue Prozedere erklärt.

Des Weiteren spricht er die mehrfach angesprochene Problematik der Asylbewerber mit dem Spracherwerb der deutschen Sprache hin. Es sei nun gelungen, in Kooperation mehrerer Beteiligter einen Sprachkurs für Asylbewerber einzurichten, die keinen anderen Anspruch auf Integrationskurse hätten. Der Kurs sei angelaufen und decke eine bestehende Lücke.

Man habe darüber berichtet, dass man mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe / Fachstelle Sucht in einen kooperativen Planungsprozess bezüglich der Suchthilfe in Hagen eingetreten sei. Dieser Prozess sei vor zwei Wochen gestartet. Über die weitere Entwicklung werde man hier im Ausschuss berichten.



4. Krankenhausplanung 2015
Vorlage: 0202/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Dr. Sommer erläutert die Vorlage.

Frau Buchholz fragt, ob sie es richtig verstanden habe, dass Politik und Verwaltung bei den Verhandlungen der Krankenhausträger keinen Einfluss nehmen könnten und nur Empfehlungen aussprechen könnten.

Herr Dücker stellt fest, dass man sich in einer schwierigen Situation befinde. Man habe als Ratspolitik relativ wenig Einfluss auf diese Verhandlungen. Ihm stelle sich die Frage, inwieweit die Gesundheitskonferenz schlagkräftig genug sei, das auch politisch weiterzubringen. Der gefasste Beschluss der Gesundheitskonferenz sei ihm noch nicht deutlich genug formuliert. Man werde in Hagen zukünftig die Zusammenführung von zwei Krankenhausorganisationen vorfinden, die den Bettenabbau besonders bei den Intensivbetten voraussichtlich vorantreiben würden. Das könne tödliche Folgen haben. Für ihn stelle sich die Frage, wie man außer dieser Beschlussfassung noch stärker in Richtung Düsseldorf argumentieren könne.

Frau Dr. Sommer stimmt den Ausführungen zu, dass man weitestgehend machtlos sei. Man könne dieses Problem nur feststellen. Sie wisse nicht, was man tun könne. Man habe keinen Einfluss auf die Bettenplanung. Man sollte dieses Problem publik machen.

Frau Priester-Büdenbender schlägt vor, im Namen des Sozialausschusses einen Brief an das Ministerium zu schreiben, in dem man auf die Problematik hinweise.

Frau Buchholz ist der Meinung, dass man in diesem Zusammenhang mit den Krankenhausträgern sprechen müsse.

Frau Dr. Sommer macht deutlich, dass man sich in einem ständigen Dialog mit den Krankenhausträgern befinde. Sie gehe davon aus, dass der Plan umgesetzt würde.

Frau Cramer merkt an, dass die Fusion aufgrund der Haltung der katholischen Kirche nicht zustande gekommen sei. Darüber seien einige Ärzte sehr enttäuscht gewesen. Es habe selten ein Thema gegeben, bei dem man als Kommunalpolitiker so machtlos gewesen sei.

Frau Sauerwein befürwortet den Vorschlag von Frau Priester-Büdenbender, einen Antrag zu formulieren und einen Brief zu schreiben. Man wolle sich später nicht vorwerfen lassen, nicht auf diese Dinge reagiert zu haben.



Frau Kramps betont, dass sie sich in dieser Situation einfach hilflos fühle. So dramatisch habe sie sich die Lage nicht vorgestellt. Die Planung habe schlimme Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Man müsse an die Presse gehen, um den Druck auf die Entscheider zu erhöhen.

Herr Dücker und Frau Kramps schlagen vor, den Beschlussvorschlag in diesem Sinne umzuformulieren und zu erweitern.

Frau Priester-Büdenbender formuliert den geänderten Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Hagen schließt sich den Beschlüssen der Gesundheitskonferenz und des Sozialausschusses an, das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter und die Landtagsabgeordneten aufzufordern, den starken Bedenken bei der Umsetzung der Krankenhausplanung Rechnung zu tragen und die Krankenhausplanung 2015 im Sinne der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu korrigieren.

Beschluss der Hagener Gesundheitskonferenz vom 29.01.2014:

„Aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren, besonders in den Herbst-/Wintermonaten hält die Hagener Gesundheitskonferenz einen Abbau von Betten, besonders im internistischen Bereich und der Intensivbetten, in den Hagener Krankenhäusern in der vorgesehenen Größenordnung nicht für verantwortbar.“

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
FDP	1		
Hagen Aktiv	0		
Die Linke	0		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



5. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

6. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Wirth berichtet aus dem Behindertenbeirat.

7. Bericht aus dem Integrationsrat

entfällt

8. Bericht des Jobcenters Hagen für das Jahr 2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Vertreterinnen des Jobcenters Frau Kaus-Köster und Frau Engelhardt-Schulte.

Frau Kaus-Köster berichtet über die Arbeit des Jobcenters Hagen (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Frau Buchholz äußert ihr Erschrecken über die genannten Zahlen. Sei damit zu rechnen, dass man in den nächsten Jahren eine Anpassung vornehmen werde? Sie fragt nach dem Jahresbericht 2013 und der Zielplanung für 2014. Es wäre interessant zu schauen, inwieweit Maßnahmen so angepasst würden, dass Menschen auch Hilfe bekämen. In Bezug auf die ausgesprochenen Hausverbote möchte sie wissen, wie sichergestellt werde, wie die Betroffenen ihre Leistungen bekämen.

Frau Kaus-Köster erwidert, dass sie die Bedenken von Frau Buchholz hinsichtlich des Eingliederungstitels teile. Es sei tatsächlich so, dass dieser kleiner geworden sei. Außerdem sei ein gewisser Teil in das Verwaltungskostenbudget gegangen, weil man die im Gesetz vorgegebenen Betreuungsschlüssel zu erfüllen habe. Sie sei der Meinung, dass man zu wenig Geld für den Eingliederungstitel bekommen habe.



Der Abschlussbericht für das Jahr 2013 liege vor und könne zur Verfügung gestellt werden.

Herr Hentschel möchte wissen, in welcher Höhe Fördergelder für Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene in den letzten drei Jahren geflossen seien. Sei es richtig, dass in dem Bereich die Zahl der Vermittlungen extrem rückläufig sei?

Er bittet, diese Fragen schriftlich zu beantworten (**siehe Anlage 2 zu TOP 8**). In Bezug auf die geschilderten zähen Verhandlungen mit dem Vermieter äußert er seine Verwunderung. Er habe in Erfahrung gebracht, dass es sich im Vergleich um eine sehr moderate Miete handle. Er bittet weiterhin um Mitteilung, in welcher Höhe die Miete angepasst worden sei (**siehe Anlage 2 zu TOP 8**).

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass man in der Tat seinerzeit sehr gut verhandelt habe. Da die Miete sehr moderat sei, sei nachzuvollziehen, dass man sich als Vermieter schwer tue, kostenintensive Investitionen vorzunehmen.

Bezüglich des Eingliederungstitels gebe es ständige Diskussionen in der Trägerversammlung. Man habe eine drastische Kürzung in Höhe von 80 % hinnehmen müssen. Es sei ein Webfehler in der Konstruktion, bei der man den Bedarfsgemeinschaften Geld wegnehme für die Finanzierung von Personal. Dieser Fehler in der Finanzierung müsse dringend geändert werden. Was Vermittlungsquoten, Kundenzufriedenheit und andere Faktoren angehe, liege das Jobcenter Hagen in der Regel im guten Mittelfeld, teilweise an der Spitze.

Herr Reinhardt fragt in Bezug auf das Widerspruchswesen, ob man eine Statistik führe, die Auskunft darüber gebe, in welchem Umfang Widersprüche eingeleitet würden, wie lang die durchschnittliche Bearbeitungsdauer sei und in welchem Umfang diese erfolgreich gewesen seien.

Frau Kaus-Köster erklärt, dass es eine solche Statistik gebe und sie diese zur Verfügung stellen werde (**siehe Anlage 3 zu TOP 8**).

Frau Sauerwein spricht noch einmal die drastisch gesunkene Finanzierung der Eingliederung an. Es stelle sich die Frage, was man dagegen machen könne. Gebe es in diesem Zusammenhang einen Protest der Jobcenter? Der Level von Langzeitarbeitslosen bleibe relativ hoch. Es stelle sich die Frage, ob es an den Menschen oder den fehlenden Arbeitsplätzen liege. Was könne man tun, um stabilisierend auf diese Menschen einzuwirken? Die Betroffenen fühlten sich auch bei der Beratung ziemlich alleine gelassen. Bei welcher Höhe liege der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft?

Frau Kaus-Köster weiß zu berichten, dass sich die Kolleginnen und Kollegen im Leistungsbereich sehr darum bemühten, die Betroffenen gut zu beraten. Man werde natürlich auch oft mit Wünschen konfrontiert, die man nicht erfüllen könne. Die Sachbearbeiter hätten im Vergleich zu der damaligen Sozialhilfegewährung keinen Ermessensspielraum. Es gebe zentrale Vorgaben und Arbeitshilfen, nach denen sich die Kollegen zu richten hätten. Die Prüfung des Einzelfalls werde sehr gewissenhaft durchgeführt.



Frau Engelhardt-Schulte macht in Bezug auf die Beratungspflichten im Leistungsbereich deutlich, dass man viele der Kunden gar nicht sehe. Viele reichten ihren Weiterbewilligungsantrag per Post ein. Ein persönlicher Kontakt sei nur zwingend bei der Erstantragstellung. Danach sei es die Initiative des Kunden, zum Jobcenter zu kommen.

Herr Dr. Brauers informiert darüber, dass der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft bei einem Anteil von 24,5 % liege. Dieser Wert sei in der Vergangenheit einmal deutlich höher gewesen. Er sei aber jetzt bei dem bestehenden Anteil in Höhe von 24,5 % festgeschrieben worden.

Herr Dr. Schmidt ergänzt, dass man 2013 das gesteckte Ziel um ca. 3 Millionen Euro verfehlt habe. Man sei jedoch bereits bei der Haushaltsplanung vom Jobcenter darauf hingewiesen worden, dass die Planzahlen so nicht stimmen könnten. Man habe in etwa das ausgegeben, was das Jobcenter prognostiziert habe.

Frau Kaus-Köster beantwortet die Frage von Frau Buchholz nach den Leistungen für diejenigen, die Hausverbot hätten. Diese erfolgten dann anhand von gezielten Einladungen und Absprachen. Im Zweifel würde diese bei einer persönlichen Vorsprache vom Wachdienst begleitet.

Frau Buchholz möchte wissen, wie hoch die Darlehnsquote sei. Viele Dinge würden ja nur mit einem Darlehen bewilligt, das dann den Regelsatz mindere. Gebe es Musterberechnungen, wenn ein Mindestlohn in Höhe von 8,50 € käme? Wie wirke sich das dann auf die Bedarfsgemeinschaften aus? Oder erhöhe das nur die Aufstockerquote? Wie seien da etwaige Prognosen? Inwieweit seien dort positive Effekte zu erwarten? (**siehe Anlage 2 zu TOP 8**).

Herr Wegener hält es für sehr wichtig, dass Selbstwertgefühl von Langzeitarbeitslosen zu stärken.

Frau Kaus-Köster teilt diese Auffassung. Leider seien viele sinnvolle Maßnahmen weggefallen, die man früher gehabt habe. Solche Arbeitsplätze für diese Menschen würden dringend gebraucht.

Frau Sauerwein trauert den sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten hinterher. Diese seien eine Brücke in den Arbeitsmarkt gewesen.

Herr Hentschel schließt sich den Ausführungen von Frau Sauerwein uneingeschränkt an. Man müsse auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Er möchte von Frau Kaus-Köster wissen, mit welchem Recht den Menschen vorgeschrieben werde, wo sie ihre Elektroartikel zu kaufen hätten. Das Darlehen müsse ja schließlich zurückgezahlt werden. Wie sei eine Bevorzugung dieser Unternehmen zu rechtfertigen?

Frau Engelhardt-Schulte beantwortet die Frage dahingehend, dass die Stadt mit dem Werkhof Sonderkonditionen bezüglich der Preise vereinbart habe. Wenn jedoch ein Kunde ein günstigeres Angebot von außen einhole, könne er Kühl-



schränk oder Herd natürlich auch dort kaufen. Ein Darlehen könne nur in der notwendigen Höhe gewährt werden.

Frau Priester-Büdenbender bedankt sich bei den beiden Vertreterinnen des Jobcenters.

9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Hentschel erklärt, er habe jedes Jahr nach den Fixierungen in Heimen gefragt und ihm sei jedes Jahr versichert worden, dass es keine Fixierungen in Heimen gebe. Nun habe er bei seiner letzten Anfrage dazu verlässliche Zahlen bekommen.

Er bäte um die Lieferung dieser Zahlen für die letzten vier Jahre.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass Herr Hentschel diese Anfrage bereits über den Rat gestellt habe. Die Zahlen für die Jahre 2010 bis 2012 würden noch geliefert.

Im Sozialausschuss sei nie gesagt worden, dass es in dieser Zeit keine Fixierungen gegeben habe.

Herr Hentschel widerspricht dieser Aussage.

Herr Dr. Schmidt sagt Herrn Hentschel zu, die Dinge zu recherchieren.

Herr Goldbach erklärt, dass die Anfrage aus dem Rat heute eingegangen sei und man werde diese beantworten.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.45 Uhr

gez. Petra Priester-Büdenbender
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin